

Beschluss der Hauptversammlung am 14. Dezember 2019
Die LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg

Klimanotstand ausrufen – ökologischen Umbau sozial gerecht gestalten!

Eine Resolution zur Erklärung eines Klimanotstands mit der Forderung sofortiger und ambitionierter Maßnahmen gegen die Klimakrise, um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen

Höchsttemperaturen im Sommer, Gesundheitsprobleme durch Hitzewellen und anhaltende Dürre: Die Klimadebatte steht im Fokus der öffentlichen Debatte und auch wir als DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg sagen klar und deutlich: Es reichen keine Sonntagsreden mehr, es werden konsequente Maßnahmen für einen wirklichen Klimaschutz benötigt.

Die Klimakrise ist ein globales Problem und kann nur gemeinsam gelöst werden. Dennoch wollen wir als Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg beispielhaft vorangehen. Durch konsequentes Handeln auf bezirklicher Ebene können wir unseren Bezirk umgestalten und andere Bezirke und Kommunen überzeugen ähnlich zu handeln.

Deshalb setzen wir uns als LINKE in der BVV dafür ein, dass in Friedrichshain-Kreuzberg der Klimanotstand ausgerufen wird. Zugleich werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass der notwendige ökologische Umbau sozial gerecht gestaltet wird. Klimapolitik darf keine Frage des Geldbeutels sein und dazu führen, dass Teile der Bevölkerung weiter abgehängt werden.

Der Bezirk soll künftig:

- berücksichtigen, wie sich all seine Entscheidungen auf das Klima auswirken; Lösungen, die sich positiv auf Klima, Umwelt und biologische Vielfalt auswirken, sollen bevorzugt werden. Dies ist in allen Bereichen (Kultur, Bildung, Sport, Haushalt, Wirtschaft usw.), in allen Strukturen (Bezirksamt, öffentliche Einrichtungen und möglichst auch in privaten Einrichtungen) und auf allen Entscheidungsebenen (Verwaltung, Ausschüsse, Gremien, Beauftragte, Bürgermeisterin usw.) durchzusetzen;
- die Klimafrage in allen kommunalen Aufgabengebieten übergreifend berücksichtigen, um mit hoher Priorität Strategien für eine drastische Verringerung der Emissionen zu erarbeiten; die Klimaschutzziele bei allen Vorhaben mitbedenken, dies betrifft insbesondere:
 - neue bauliche Vorhaben möglichst klimaneutral umzusetzen bspw. durch eine nachhaltige Bauplanung, die Bodenversiegelung vermeidet und den Grünflächenausbau vorantreibt,
 - die Verwaltung nach ökologischen Aspekten umzubauen (Stromversorgung, Materialbeschaffung usw.),
 - den Ausbau des Personennahverkehrs und von Radwegen, d.h. Priorisierung von Fußverkehr über Autoverkehr durch bspw. mehr Tempo 30, Zebrastreifen, Radstraßen und Fußgänger*innenzonen,
 - Maßnahmen zu treffen, um die Wirtschaft in Kooperation mit Gewerkschaften und Gemeinschaften auf fossilfreie/CO₂-freie Prozesse umzustellen;
- Bürger*innen über den Klimanotstand informieren und aufklären;

- die Bürger*innen in den Prozess des Umbaus intensiv mit einbeziehen, indem geeignete Bürger*innenversammlungen und andere Aktivitäten durchgeführt werden, um notwendige Maßnahmen zu entwickeln und die bezirklichen Pläne zu debattieren;
- die große Bedeutung des abzumildernden Klimawandels in den Haushaltsentscheidungen mit einem höheren Etat in den betreffenden Bereichen als bisher vorgesehen berücksichtigen;
- bei allen Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigen, dass sich künftig auch Menschen mit geringen und mittleren Einkommen klimafreundlich fortbewegen und einen klimafreundlichen Lebensstil führen können.